

Schließlich gibt es auch Ursachen, die in unserer Entwicklung seit 1945 begründet liegen. Die Herausbildung unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht vollzog sich bekanntlich anders als z. B. die Entwicklung in den europäischen Volksdemokratien. Dort bildeten sich die staatlichen Machtorgane aus den Kräften heraus, die aktiv am nationalen Befreiungskampf des Volkes teilnahmen, ihn organisierten und leiteten. Dort wuchs also die Übernahme der staatlichen Macht unmittelbar aus dem revolutionären Kampf heraus, und die staatlichen Machtorgane waren daher vor Beginn der volksdemokratischen Entwicklung tief im Bewußtsein des befreiten Volkes verwurzelt. Diese Traditionen haben unsere Organe der Staatsmacht nicht. Sehr allmählich entwickelten sich unsere Staatsorgane, angefangen von den allerersten demokratischen Verwaltungen und von den ersten Vertretungskörperschaften, denen anfangs noch viele Reste des bürgerlichen Parlamentarismus anhefteten, zu unseren heutigen Volksvertretungen als der politischen Grundlage unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht. Diese allmähliche Entwicklung von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zur volksdemokratischen Ordnung ist hinsichtlich der richtigen Einschätzung der Rolle der staatlichen Machtorgane am Bewußtsein vieler Genossen vorübergegangen.

Mit diesen Fragen sollten sich alle Parteiorganisationen und vor allem alle gewählten Leitungen in den Bezirken, Kreisen, Städten und Gemeinden gründlich auseinandersetzen, denn nur die völlige ideologische Klarheit darüber bietet die Voraussetzung für die Überwindung der zur Zeit noch fehlerhaften Praxis.

In einigen Bezirken wurde bereits begonnen, unmittelbar im Prozeß der Arbeit die Lehren der 3. Parteikonferenz anzuwenden. Ein gutes Beispiel dafür gibt der Bezirk Erfurt. Bei Aussprachen mit der Bevölkerung, in Betrieben, Hausgemeinschaften usw. anläßlich der Einberufung einer Tagung des Bezirkstages befragten die Genossen der Bezirksleitung viele Menschen nach ihrer Meinung und ihren Vorschlägen. Es stellte sich dabei heraus, daß weder der Termin der Bezirkstagssitzung noch deren Tagesordnung bekannt waren. Man hatte von der Veröffentlichung der Einberufung des Bezirkstages keine Notiz genommen. Im Bewußtsein breiter Teile der Bevölkerung existierte also noch keine Beziehung zur Arbeit der Volksvertretung, weil diese selbst noch nicht die richtigen Beziehungen zum Leben, zu den Interessen und Sorgen der Bevölkerung hergestellt hatte. Die auf der Tagesordnung der Erfurter Bezirkstagssitzung stehenden Probleme — Erziehungsfragen und Fragen der Landwirtschaft — gingen aber sehr viele Menschen unmittelbar an. In den Gesprächen zeigte es sich auch, daß großes Interesse an diesen Fragen vorhanden war. Auf Anregung der Genossen der Bezirksleitung veröffentlichten verschiedene Bürger in der Bezirkszeitung „Das Volk“ Vorschläge, Anfragen und Aufträge an ihre Volksvertreter, die in den Beschlüssen des Bezirkstages berücksichtigt werden sollten. In der Presse wurden am 28. April vier Anfragen bzw. Vorschläge zu Schulfragen unter der Überschrift „Wünsche an die Abgeordneten“ veröffentlicht, und am 3. Mai gab es drei kritische Stimmen zur Arbeit der staatlichen Organe bei der Frühjahrsbestellung. Noch am Tage der Sitzung, dem 4. Mai, äußerte eine Anzahl Lehrer aus den Landgemeinden in einem Pressebeitrag ihre Wünsche an den Bezirkstag.

Die Sitzung des Bezirkstages verlief daraufhin in einer sehr offenen und kritischen Atmosphäre. Die Abgeordneten nahmen ihr Recht in Anspruch, Anfragen an den Rat zu richten und machten eine Reihe konstruktiver Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit. Das war das positive Ergebnis der vorherigen Aussprachen mit der Bevölkerung. Am Tage nach der Sitzung informierte „Das Volk“ seine Leser in einem Artikel „Neuer Schwung im Bezirkstag“ über deren Ablauf